Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 15

Artikel: Im Testfall Prag geht es jetzt mittlerweile um die CSSR-Existenz

Autor: Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076559

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 15 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 24. Juli 1968

Im Testfall Prag geht es jetzt

Mittlerweile um die CSSR-Existenz

Zur Lage in der Tschechoslowakei stand vor 14 Tagen auf dieser Seite:

«Wir sind überzeugt, dass die Sowjetunion interveniert. Die Frage ist nicht die, ob Moskau die tschechoslowakische Entwicklung hinnimmt oder nicht, sondern wie, mit welchem Erfolg und zu welchem Preis die Sowjetunion interveniert.»

*

Mittlerweile findet die Intervention laufend statt. Der Warschauer Brief der Sowjetunion und ihrer Satelliten (wie rasch doch dieser «endgültig überholte» Ausdruck wieder zu seinem vollen Recht kommt!) an das Zentralkomitee der tschechoslowakischen KP stellt auf politischem Gebiet einen massiven Eingriff in die Souveränitätsrechte der CSSR dar. Dass die Souveränität in der Einleitung des Schreibens bejaht wird, macht die Sache nicht besser. Das ist schon nicht mehr Dialektik, das ist bereits Zynismus.

Immer noch politischer Natur, aber mit der jederzeitigen Umwandlungsmöglichkeit in militärische Intervention, ist die erneut verlängerte Stationierung von Sowjettruppen auf dem tschechoslowakischen Territorium. Für das Abzugsdatum vom 21. Juli hatte Sowjetmarschall Jakubowski sein Wort gegeben. Doch die Bestätigung des Wertes, der dem Wort eines Sowjetmarschalls zukommt, ist nur von zweitrangiger Bedeutung. Wenn es Jakubowski nämlich überhaupt je in den Sinn gekommen wäre, an die tschechoslowakischen Souveränitätsrechte zu denken, hätte er gar nicht erst sein Wort zum Tageskurs zu verpfänden brauchen, sondern hätte schlicht und einfach seine Weisungen von den zuständigen tschechoslowakischen Behörden entgegennehmen müssen. Wo es entsprechend den Bestimmungen des Warschauer Paktes rechtlich zu befehlen gehabt hätte, musste Prag dankbar ein grosszügiges Versprechen entgegennehmen, und dass auch dieses nicht eingehalten wurde, ist ein anderes Traktandum, wenn auch kein neues.

*

Mittlerweile hat ferner die UdSSR mit den Vorbereitungen zur direkten militärischen Intervention begonnen, was freilich noch nicht heisst, dass sie beschlossen ist. Die Einmarschgründe werden gesammelt: die «Enthüllung» von Nato-Plänen zur Eroberung der CSSR ; die rätselhafte Auffindung eines Depots amerikanischer Waffen, das den revanchistischen Sudetendeutschen zur Machtergreifung in der CSSR dienen sollte. (Es gehört zu den uralten KGB-Tricks, die Gegenstände in das Haus zu bringen, in dem man sie zu entdecken wünscht.) Man wird den wehrlosen Tschechoslowaken wohl noch helfen dürfen, wenn sie von den westdeutschen Faschisten und

(Fortsetzung auf Seite 11)

In dieser Nummer

Das sowjetische Familiengesetzbuch 2-4

Laszlo Revesz untersucht Geschichte und neuesten Stand der sowjetischen Familienpolitik.

Die innenpolitische Wandlung in Rumänien 5

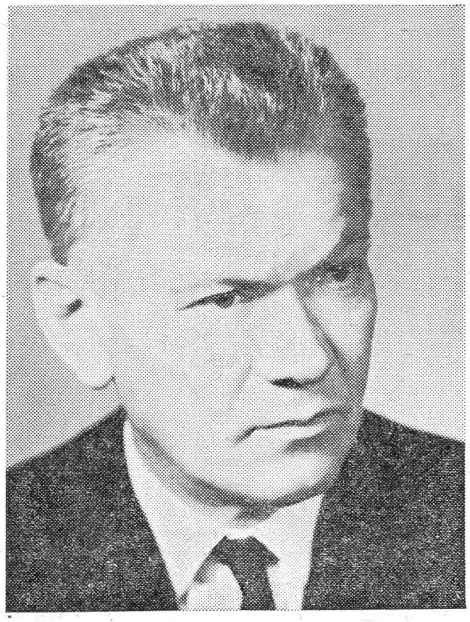
Ein Bericht unseres rumänischen Korrespondenten über wenig beachtete Entwicklungen in Rumänien.

Wie Szakasits verhaftet wurde 7

Ein unglaublicher, aber glaubwürdiger Nachtrag zum Thema Sozialdemokratie und KP.

Wo stehen in der CSSR die Arbeiter? 8-11

Ein weiterer Beitrag über Gespräche in Prag.



Für die Souveränitätsrechte über die eigene Partei, die eigenen Institutionen und das eigene Territorium: Dubcek, Parlamentspräsident Smrkovsky und Verteidigungsminister Dzur.

Die kleinen Novotnys: «Ich bin ganz und gar für die Demokratisierung. Aber wenn alles vorbei ist, werde ich's euch zeigen.» («Rohac», Bratislava)

versuchten (und weiterhin versuchen), um die Arbeiterschaft gegen die Intellektuellen aufzubringen.

... sondern auch Streikrecht

Inzwischen hat der Arbeiter allerdings von selber gelernt, aus den Möglichkeiten von Liberalisierung und Demokratisierung den eigenen Nutzen zu erkennen. Die Meinungsfreiheit erlaubt ihm, an Betriebsversammlungen gegen Leute aufzustehen, die ihn kujonieren. Die freie Presse erlaubt ihm, seine eigenen Wünsche vernehmbar zu machen, und Radio und Television eilen auf die Strasse, um seine Meinung zu hören. Vor allem aber hat er zuvor verschüttete Arbeiterrechte wiederentdeckt. Der Streik wird als legitimes Mittel anerkannt, und der Gewerkschaftsverband will sogar einen Streikfonds schaffen, eine unerhörte Häresie in einem kommunistischen Staat. Die geplante Schaffung von Arbeiterräten (siehe KB, Nr. 13) soll dem Arbeiter echte Mitbestimmung im Betrieb ermöglichen. Daran wird er zwar erst glauben, wenn er sie hat, aber jedenfalls besteht kein Grund, dem Vorhaben gegenüber feindlich zu sein.

Hoffen kann er weiter auf eine Entwicklung der Gewerkschaft, die tatsächlich ihn und nicht die höheren Partei- und staatlichen Arbeitgeberinteressen vertritt. Unterwegs wird zwar noch einiges harzen. Dabei kommt der Widerstand gar nicht etwa von der Parteiführung, die im Aktionsprogramm die Selbständigkeit der Gesellschaftsorganisationen ausdrücklich wünscht, sondern er ergibt sich aus dem kettengewohnten Wesen der Gewerkschaft, die einer mächtigen Regenerierung bedarf, um ihrer zugedachten Rolle gerecht werden zu können. Personelle Funktionärsprobleme natürlich, dann Organisationsnotwendigkeiten (regionale und branchenmässige Aufteilung, sonst ist man bald wieder bei den Interessen des gesamten Proletariats, zu denen die Arbeiter nichts zu sagen hätten), schliesslich die Frage nach der Formulierung einer eigenen Gewerkschaftspolitik. Da gibt es noch viel zu tun, aber, und das ist wichtig, es ist alles zu gewinnen.

Mit all dem sind die Gründe, die man für eine vermeintliche Reformfeindlichkeit der Arbeiter angeführt hat, in einem Ausmass entkräftet, das zwar Spielraum offen lässt, aber *grosso modo* durchaus überzeugend wirkt.

Hauptargument Lebensstandard

Aber dazu kommt erst noch etwas, und zwar vielleicht das Hauptargument. Der Arbeiter war nämlich sehr gut selbst imstande zu erkennen, wohin der Dirigismus das Land gebracht hatte. Die Verschwendung in den Betrieben, die sah er, und die Fehlbesetzungen und die Ausschussproduktion und das Brachliegen von Mitteln und den Leerlauf. Und er verstand, dass er das alles mitzubezahlen hatte.

Und wie steht es mit der Einschätzung des Lebensstandards? Ist er nicht nach demjenigen der DDR der höchste in Osteuropa? Aber zwei Kriterien geben Anlass zu einer sehr ausgesprochenen Unzufriedenheit: Einmal die Stagnation der letzten Jahre, in denen jedes Gefühl abhanden kam, dass es so aufwärts gehen könne. Dann der Vergleich mit dem westlichen Ausland, das heisst mit vergleichbar industrialisierten Ländern. Es ist nämlich zum mindesten jedem Tschechen (in der Slowakei besteht vorerst hauptsächlich Unzufriedenheit wegen des Rückstandes auf den tschechischen Landesteil) völlig klar, dass er ein Anrecht hat, den Vergleich mit diesen Ländern zu ziehen, und nicht etwa mit Bulgarien oder Rumänien, die als zurückgebliebene Agrarstaaten von 20 Jahren von ganz anderen Strukturen ausgingen.

Die Tschechoslowakei war bei der sozialistischen Umwandlung ein Industrieland, dem man verfehlterweise die Methoden eines Entwicklungslandes, der Sowjetunion, aufzwang. So ungefähr sagen es die Kollegen, die keineswegs etwa die Entsetzung des Kapitalismus bemängeln, sondern nur deren Art und Weise.

Von Arbeitern kann man es auch summarischer hören. Grob gesagt nach dem Motto «Westen gut, Osten schlecht». Wie es überhaupt eine totale Verdrehung der Sachlage ist, wenn man in Moskau und anderswo behauptet, dass der Sozialismus von den Intellektuellen angegriffen und von der Arbeiterklasse verteidigt werde. Gerade dem Intellektuellen ist die Bewahrung des Sozialismus ein echtes Anliegen (weshalb er ihn auch regenerieren will), während das dem Arbeiter viel eher verhältnismässig egal ist. Ich fragte einen Lastwagenchauffeur, der die «Lidova Demokracie» las, das Organ der Volkspartei (die in der Nationalen Front eingeordnet ist), ob er Sympathien für die Volkspartei habe. «Wir sind hier alle von der Volkswagenpartei», sagte er, und die völlig proletarische Tischrunde stimmte ihm lachend bei.

Einige Preise

Zum Lebensstandard noch einige Preise, die mit den weiter vorn aufgeführten Löhnen zu vergleichen sind. Folgende Lebensmittel kosten per Kilo in Kronen: Brot 2.60, Kartoffeln 1.50, Rindfleisch 40.—, Schweinefleisch 25.—, Würste 30.—, Zucker 7.30, Käse 25.—, Butter 40.—, Zitronen 10.—. Ein Herrenanzug guter Qualität kostet 1000 Kronen und ein einheimisches Damenkleid 150 Kronen. Schuhe kommen auf 200 Kronen zu stehen. Einrichtungsgegenstände in Kronen: Kühlschrank 120 Liter 3400.—, Staubsauger 600.—, kleiner Fernsehapparat 2800.—, Transistorradio 1000.—. Die Miete für eine Zweizimmerwohnung beträgt für die 1. Kategorie (mit allem Komfort) monatlich 300 und für die 3. Kategorie 150 Kronen. Und das ersehnte Auto, der Skoda einfachster Ausführung, kostet 44 500 Kronen. (Die hier angeführten Beispiele bewegen sich an der unteren Preisgrenze; man kann die Sachen auch teurer haben.)

Die werktätige Bevölkerung hat also Ursache, von einem besseren System einen besseren Lebensstandard zu erhoffen. ■

Mittlerweile um die CSSR-Existenz

(Fortsetzung von Seite 1)

den amerikanischen Imperialisten angegriffen werden, sagen die Sowjets.

*

Mittlerweile hat ferner die tschechoslowakische Führung, und das macht die Krise so unheimlich akut, die Brücken hinter sich so gut wie abgebrochen. Der Brief aus Warschau hätte ihr noch einmal halbwegs die Möglichkeit gegeben, das Steuer nach sowjetischen Wünschen herumzuwerfen, wenn sie das gewollt oder gekonnt hätte. Nunmehr dürfte es soweit sein, dass Dubcek und seine Equipe um ihren Kopf spielen. Dass sie Verhandlungen in einer sowjetischen Stadt zurückgewiesen haben, ist bereits eine Konsequenz des entstandenen Fait accompli. Die Umstände sind schon nicht mehr so verschieden von denen, unter denen vor zwölf Jahren Pal Maleter zu Verhandlungen geladen worden war.

*

Mittlerweile hat ferner, und daran knüpfen sich die Hoffnungen, in der CSSR ein Zusammenschluss der Kräfte stattgefunden, den man vor der Flurbereinigung des Parteikongresses im September gar nicht für möglich gehalten hätte. Das ZK, das weitgehend aus Novotnys Zeiten stammt, hält zur Führung, und die Bevölkerung erst recht. Die Partei hat dank ihrem engagierten Bekenntnis die Kontrolle über das Land behalten, und das wenigstens ist ein erheblicher Unterschied zu Ungarn 1956.

*

Mittlerweile hat schliesslich die öffentliche Meinung der Welt aufgehorcht. Wie weit das in die Waagschale fällt, ist freilich eine andere Frage. Wenn sich Moskau durch einen Sozialismus, der in der CSSR erstmals in kommunistischen Ländern mehr ist als ein Lippenbekenntnis, bedroht fühlt, wird es sich wegen der Weltmeinung nicht am Eingreifen verhindert fühlen. Wie sollte sie auch? Die Losung «Niemals vergessen» pflegt im Westen nach einer kurzen Anpassungsfrist zur Spottetikette zu werden, zum Kainszeichen für die «kalten Krieger», die nicht verstehen, was Progressivität ist, besonders wenn sie im Zeichen der nächstliegenden Grossmacht steht.

Wir müssen hoffen, dass die Sowjetunion vor dem Selbstbehauptungswillen der CSSR Respekt hat. Zu hoffen, dass sie vor unserer Solidarität Respekt hat, darauf haben wir kein Anrecht.

Christian Brügger